NIEDERSCHRIFT

über die
Sitzung des Bau- und Ordnungsausschusses der Stadt Hecklingen am
03.12.2020

Tagungsort: OT Hecklingen Stadtsaal "Stern", Hermann-Danz-Str. 40
Beginn der Sitzung: 17:30 Uhr
Ende der Sitzung: 20:10 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Dr. Bernhard Pech

Mitglieder

Herr Uwe Kirchner
Frau Ethel-Maria Muschalle-Höllbach
Herr Mario Schwarz
Herr Manfred Teela

sachkundige Einwohner

Herr Gerhard Bleile
Herr Klaus-Dieter Hartmann

Protokollführer

Frau Peggy Schinzel

von der Verwaltung

Frau Kerstin Jahn
Frau Karen Ladehoff
Herr Sascha Meinert
Herr Frank Schinke

Abwesend:

Mitglieder

Herr Arthur Taentzler
Herr Martin Zimmermann

sachkundige Einwohner

Herr Tobias Resch-Feid

Tagesordnung:

TOP	Vorlage Nr.	Betreff
<u>öffentlicher Teil:</u>		
1.		Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung
2.		Feststellung der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
3.		Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung, öffentlicher Teil
4.		Abstimmung über die Niederschrift vom 09.09.2020, öffentlicher Teil
5.		Einwohnerfragestunde
6.	158/20	Aufhebungssatzung der Ergänzungssatzung zur Festlegung des

- Beitragssatzes der "Satzung über die Erhebung wiederkehrender Beiträge für den Ausbau der öffentlichen Verkehrsanlagen der Stadt Hecklingen" Abrechnungsgebiet Groß Börnecke
7. **162/20** 1. Änderung des Teilflächennutzungsplans der Ortsteile Cochstedt und Schneidlingen
hier: Entwurf- und Auslegungsbeschluss
 8. **163/20** vorhabenbezogener Bebauungsplan der Stadt Hecklingen
hier: Entwurf- und Auslegungsbeschluss
 9. Beratung über weitere Verfahrensweise mit Immobilien des "Stadtbetriebes St. Georg"
 10. Informationen des Ausschussvorsitzenden/ der Verwaltung mit Protokollkontrolle
 11. Anfragen und Anregungen der Ratsmitglieder
- nichtöffentlicher Teil:
12. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung, nichtöffentlicher Teil
 13. Abstimmung über die Niederschrift vom 09.09.2020, nichtöffentlicher Teil
 14. Informationen des Ausschussvorsitzenden/der Verwaltung mit Protokollkontrolle
 15. Anfragen und Anregungen der Ratsmitglieder
 16. Schließung der Sitzung

Öffentlicher Teil

TOP 1.: Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung

Der Vorsitzende des Bau- und Ordnungsausschusses Herr Dr. Pech eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Die Einladung ist jedem Ratsmitglied form- und fristgerecht zugegangen.

TOP 2.: Feststellung der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Von insgesamt 7 Ratsmitgliedern sind 5 anwesend.
Damit ist die Beschlussfähigkeit gegeben.

TOP 3.: Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung, öffentlicher Teil

Änderungsanträge zur Tagesordnung gibt es nicht.
Die Tagesordnung, öffentlicher Teil, wird einstimmig angenommen.

TOP 4.: Abstimmung über die Niederschrift vom 09.09.2020, öffentlicher Teil

Einwände gegen die Niederschrift vom 09.09.2020, öffentlicher Teil, gibt es nicht.
Die Niederschrift wird somit einstimmig angenommen.

TOP 5.: Einwohnerfragestunde

Einwohner sind nicht anwesend, somit schließt der Vorsitzende den Tagesordnungspunkt.

TOP 6.: Aufhebungssatzung der Ergänzungssatzung zur Festlegung des Beitragssatzes der "Satzung über die Erhebung wiederkehrender Beiträge für den Ausbau der öffentlichen Verkehrsanlagen der Stadt Hecklingen" Abrechnungsgebiet Groß Börnecke

158/20

Der Stadtrat der Stadt Hecklingen hat mit Beschluss vom 22.09.2020 die Aufhebung des Beschlusses zum Erlass der Ergänzungssatzung zur Festlegung des Beitragssatzes zur „Satzung über die Erhebung wiederkehrender Beiträge für den Ausbau der öffentlichen Verkehrsanlagen der Stadt Hecklingen“ Abrechnungsgebiet Groß Börnecke, Investitionszeitraum 01.01.-31.12.2017 (Beschluss-Nr. 561/18-SR) vom 18.10.2018 einen Beschluss (Beschluss-Nr. 101/20) beschlossen.

Gleichzeitig hat der Stadtrat eine geänderte Ergänzungssatzung (Beschluss-Nr. 102/20) der Stadt Hecklingen neu beschlossen.

Folglich gelten nach Ansicht der Kommunalaufsicht derzeit für das Beitragsjahr 2017 zwei Ergänzungssatzungen, da die bloße Aufhebung eines Beschlusses, keine Satzung aufhebt.

Um entsprechend der Rechtsauffassung der Kommunalaufsicht rechtmäßige Zustände herzustellen, soll zur Aufhebung der vorherigen Ergänzungssatzung eine Aufhebungssatzung erlassen werden.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Hecklingen beschließt, den Erlass der Aufhebungssatzung der Ergänzungssatzung zur Festlegung des Beitragssatzes zur „Satzung über die Erhebung wiederkehrender Beiträge für den Ausbau der öffentlichen Verkehrsanlagen der Stadt Hecklingen, Abrechnungsgebiet Groß Börnecke - Investitionszeitraum 01.01.-31.12.2017 (Beschluss -Nr. 561/18-SR vom 18.10.2018) in Form der Anlage zur Beschlussvorlage.

ungeändert empfohlen Ja 5 Nein 0 Enthalten 0 ausgeschlossen 0

TOP 7.: 1. Änderung des Teilflächennutzungsplans der Ortsteile Cochstedt und Schneidlingen
hier: Entwurf- und Auslegungsbeschluss

162/20

Mit Beschluss vom 14.11.2017 hat der Stadtrat der Stadt Hecklingen die Aufstellung der 1. Änderung des Teilflächennutzungsplans der Ortsteile Cochstedt/Schneidlingen beschlossen.

Nach den durchgeführten frühzeitigen Beteiligungen der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB erfolgte die Erstellung der Entwurfsunterlagen unter Berücksichtigung der eingegangenen Hinweise und Anregungen.

Gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sind der Entwurf der Flächennutzungsplanänderung einschließlich der Begründung mit Umweltbericht einschließlich der wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen öffentlich auszulegen und die beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange von der Auslegung zu benachrichtigen.

Ort und Dauer der Auslegung sowie Angaben dazu, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, sind mindestens eine Woche vorher ortsüblich bekannt zu machen. Es ist darauf hinzuweisen, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist abgegeben werden können, dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über die Flächennutzungsplanänderung unberücksichtigt bleiben können.

Gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sind die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zu Planentwurf und Begründung einzuholen, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann.

Rechtliche Grundlage:

§ 2 Abs. 2 BauGB - Abstimmung mit Nachbargemeinden

§ 3 Abs. 2 BauGB - öffentliche Auslegung

§ 4 Abs. 2 BauGB - Beteiligung der Behörden und sonst. Träger öffentlicher Belange

Herr Schinke gibt Einführungen in den Sachstand. Diese Erläuterungen werden durch Herrn Leddermann im Rahmen einer Projektvorstellung ergänzt. Die Mitglieder des Gremiums diskutieren die Thematik, einzelne Fragen der Gremiumsmitglieder werden von Herrn Leddermann beantwortet

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Hecklingen beschließt:

1. Der Planentwurf der 1. Änderung des Teilflächennutzungsplans der Ortsteile Cochstedt/Schneidlingen wird in der vorliegenden Fassung vom Oktober 2020 beschlossen. Der Entwurf der Begründung einschließlich Umweltbericht wird in der vorliegenden Fassung gebilligt.
2. Der Entwurf der 1. Änderung des Teilflächennutzungsplans der Ortsteile Cochstedt/Schneidlingen mit der Begründung und Umweltbericht einschließlich der wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen sind nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen und die beteiligten Träger öffentlicher Belange von der Auslegung zu benachrichtigen. Ort und Dauer der Auslegung sowie Angaben dazu, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, sind mindestens eine Woche vorher ortsüblich bekannt zu machen. Es ist darauf hinzuweisen, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist abgegeben werden können, dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über die Flächennutzungsplanänderung unberücksichtigt bleiben können. Eine Vereinigung im Sinne des § 4 Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes in einem Rechtsbehelfsverfahren nach § 7 Absatz 2 des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes gemäß § 7 Absatz 3 Satz 1 des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes ist mit allen Einwendungen ausgeschlossen, die im Rahmen der Auslegungsfrist nicht oder nicht rechtzeitig geltend gemacht wurden, aber hätte geltend gemacht werden können.
3. Gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sind die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, zu dem Planentwurf und zu dem Begründungsentwurf einzuholen.

ungeändert empfohlen Ja 3 Nein 1 Enthalten 1 ausgeschlossen 0

TOP 8.: vorhabenbezogener Bebauungsplan der Stadt Hecklingen
hier: Entwurf- und Auslegungsbeschluss

163/20

Mit Beschluss vom 14.11.2017 hat der Stadtrat der Stadt Hecklingen die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans der Stadt Hecklingen „Schweinehaltungsanlage Cochstedt“ beschlossen. Die frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB wurde im Rahmen einer öffentlichen Auslegung durchgeführt.

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB schriftlich unterrichtet und aufgefordert, sich auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung zu äußern. Die bisher vorliegenden Stellungnahmen wurden bei der Erstellung des Bebauungsplanentwurfs mit Stand Oktober 2020 berücksichtigt.

Gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sind der Entwurf des Bebauungsplans einschließlich der Begründung mit Umweltbericht sowie die wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen öffentlich auszulegen und die beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange von der Auslegung zu benachrichtigen.

Ort und Dauer der Auslegung sowie Angaben dazu, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, sind mindestens eine Woche vorher ortsüblich bekannt zu machen. Es ist darauf hinzuweisen, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist abgegeben werden können, dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben können.

Gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sind die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zu Planentwurf und Begründung einzuholen, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann.

Rechtliche Grundlage:

§ 2 Abs. 2 BauGB - Abstimmung mit Nachbargemeinden

§ 3 Abs. 2 BauGB - öffentliche Auslegung

§ 4 Abs. 2 BauGB - Beteiligung der Behörden und sonst. Träger öffentlicher Belange

Herr Schinke gibt Erläuterungen zum Sachstand, es erfolgt eine Diskussion im Gremium. Fragen werden durch Herrn Schinke beantwortet.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Hecklingen beschließt:

4. Der Planentwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans der Stadt Hecklingen „Schweinehaltungsanlage Cochstedt“ mit dem Vorhaben- und Erschließungsplan wird in der vorliegenden Fassung vom Oktober 2020 beschlossen. Der Entwurf der Begründung einschließlich Umweltbericht wird in der vorliegenden Fassung gebilligt.
5. Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans der Stadt Hecklingen „Schweinehaltungsanlage Cochstedt“ mit dem Vorhaben- und Erschließungsplan und der Begründung sowie dem Umweltbericht mit Anhängen einschließlich der wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen sind nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen und die beteiligten Träger öffentlicher Belange von der Auslegung zu benachrichtigen. Ort und Dauer der Auslegung sowie Angaben dazu, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, sind mindestens eine Woche vorher ortsüblich bekannt zu machen. Es ist darauf hinzuweisen, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist abgegeben werden können, dass nicht fristgerecht abgegebene

Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben können.

6. Gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sind die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, zu dem Planentwurf und zu dem Begründungsentwurf einzuholen.

ungeändert empfohlen Ja 3 Nein 1 Enthalten 1 ausgeschlossen 0

TOP 9.: Beratung über weitere Verfahrensweise mit Immobilien des "Stadtbetriebes St. Georg"

Herr Dr. Pech teilt mit, dass man sich in den vergangenen Monaten Gedanken darüber gemacht hat, wie zukünftig mit den Immobilien der Stadt Hecklingen umgegangen wird. Im Einzelnen bedeutet das; welche Immobilie kann durch Sanierungsmaßnahmen verbessert werden, welche Immobilie ist abrisssfähig und was kann getan werden, um einen Zuzug auch in kommunales Eigentum zu erzeugen und zu fördern.

Frau Jahn und Frau Ladehoff vom Stadtbetrieb St. Georg Hecklingen stellen anhand einer Präsentation den Wohnungsbestand der Stadt Hecklingen in den Ortsteilen Hecklingen und Cochstedt vor, erläutern den aktuellen Zustand jeder einzelnen Immobilie und was zukunftsnahe geplant ist. Den Anwesenden ist klar, dass nur durch attraktivere Wohnungsangebote, Ansiedlung von Gewerbe usw. ein Zuzug nach Hecklingen interessanter ist.

TOP 10.: Informationen des Ausschussvorsitzenden/ der Verwaltung mit Protokollkontrolle

Es gibt keine Informationen seitens des Ausschussvorsitzenden und seitens der Verwaltung.

TOP 11.: Anfragen und Anregungen der Ratsmitglieder

Herr Hartmann spricht den Europaradweg R 1 an. Im Bereich Quedlinburger Straße / Pflaumenweg wurde bereits mit Vermessungsarbeiten begonnen. Nach dem Ausbau eines Radweges geht die Unterhaltungs- und Verkehrspflicht an die Stadt über, an dieser Stelle sieht Herr Hartmann Probleme, da teilweise schwere Landwirtschaftsfahrzeuge die Radwege befahren und verschmutzen.

Ein weiterer Kritikpunkt ist die Einhaltung der Pfluggrenzen, Herr Hartmann appelliert an ein verantwortlicheres Handeln der Landwirte weil er festgestellt hat, dass Jahr für Jahr Flächen überpflügt werden, die ursprünglich kommunales Eigentum waren.

Die Problematik wird im Gremium diskutiert, die Arbeiten hierzu sind zeitaufwendig, müssen aber in Angriff genommen werden. Die Verwaltung würde die Hilfe von Herrn Hartmann, betreffend Zuarbeiten Flächenermittlung, in Anspruch nehmen.

Ein weiterer Diskussionspunkt, welcher von Herrn Hartmann angesprochen wird, ist die Wasserlache an der L 73 zum Güllelager der Schweinemastanlage. Herr Epperlein hat mit den Landwirten die Situation besprochen. Eine direkte Lösung für das Problem gibt es momentan nicht.

Im Busch, im Burgtal, hat ein Eigentümer/Landwirt einen offiziellen Weg, welcher über sein Privatgrundstück verläuft, versperrt um zu verhindern, dass Fahrradfahrer diesen Weg als Crossstrecke errichten und nutzen.

Herr Hartmann ist der Meinung, dass dies ein Verstoß gegen das Waldgesetz ist.

Frau Strecker hat das Gespräch mit der Person geführt, es gab kein Einsehen da es sich hier um ein Privatgrundstück handelt. Der Verwaltung sind die Hände gebunden.

Herr Hartmann wurde betreffend Straßenbeleuchtung am Friedhofsberg angesprochen, die Ausleuchtung ist auf Grund großer Abstände mangelhaft, vorhandene Betonmasten könnten zur Aufrüstung genutzt werden.

Herr Hartmann wurde angesprochen, dass im Frühjahr diverse Bäume beschnitten werden müssten, da Lampenkörper bereits eingewachsen sind. Herr Hartmann würde der Verwaltung die besagten Standorte zuarbeiten.

Herr Kirchner spricht den Gehweg von der Wilkenbreite zum Sandberg an, dessen Zustand sich weiter verschlechtert.

Herr Schinke teilt mit, dass die Arbeiten mit der Hecklinger Stadtbaubetrieb GmbH abgestimmt wurden, ein Zeitpunkt für die Ausführung der Arbeiten steht allerdings noch aus da die Kapazitäten der Firma nicht bekannt sind, hier erfolgt noch eine Abstimmung durch das Bauamt.

Frau Muschalle-Höllbach fragt nach dem Stand Fördermittel für kommunale Einrichtungen. Herr Epperlein kümmert sich um diese Angelegenheit.

Frau Muschalle-Höllbach erkundigt sich, ob der Zeitraum für die Zuteilung der Fördermittel für die Schule verschoben wurde. Der Fördermittelbescheid hat einen Verwendungszeitraum und dieser reicht bis zum 31.12.2022, so Herr Schinke.

Frau Muschalle-Höllbach wurde von Herrn Kurt Glockmann angesprochen, ob in dem abgesperrten Wald gejagt und geschossen werden darf. Hier bedarf es einer konkreten Klärung.

Die Algenabfischung im Bauernteich im Ortsteil Groß Börnecke kann mit den vorhandenen Arbeitsgeräten nicht gewährleistet werden, die Problematik Zufluss ist in Recherche, teilt Herr Schinke auf Nachfrage von Frau Muschalle-Höllbach mit.

Ende des öffentlichen Teils: 19.45 Uhr